

Sperrfrist: Beginn der Haushaltsrede im Stadtrat

Stadtkämmerer Robert Scheller

Rede
zur Einbringung des
Haushaltsentwurfs 2019
am 18. Oktober 2018

"Von Inseln und Ozeanen"

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn man sich die Lage in Würzburg im Herbst 2018 anschaut, könnte man fast meinen, man ist auf einer Insel mitten im Ozean des Weltgeschehens. Mit Letzterem sind v. a. europäische und internationale Partnerschafts- und Zusammenarbeitsstrukturen gemeint, die durch Handelskriege, eine ausschließlich die nationalen Interessen voranstellende Politik, Ausstiegswahnsinn wie den Brexit oder sich finanziell weit überschätzende Regierungen wie in Italien zunehmend zerstört werden. Hinzu kommen weiterhin enorme Migrationsbewegungen und zunehmende Naturkatastrophen wie Tsunamis, Wirbelstürme oder besondere Hitze- und Trockenperioden.

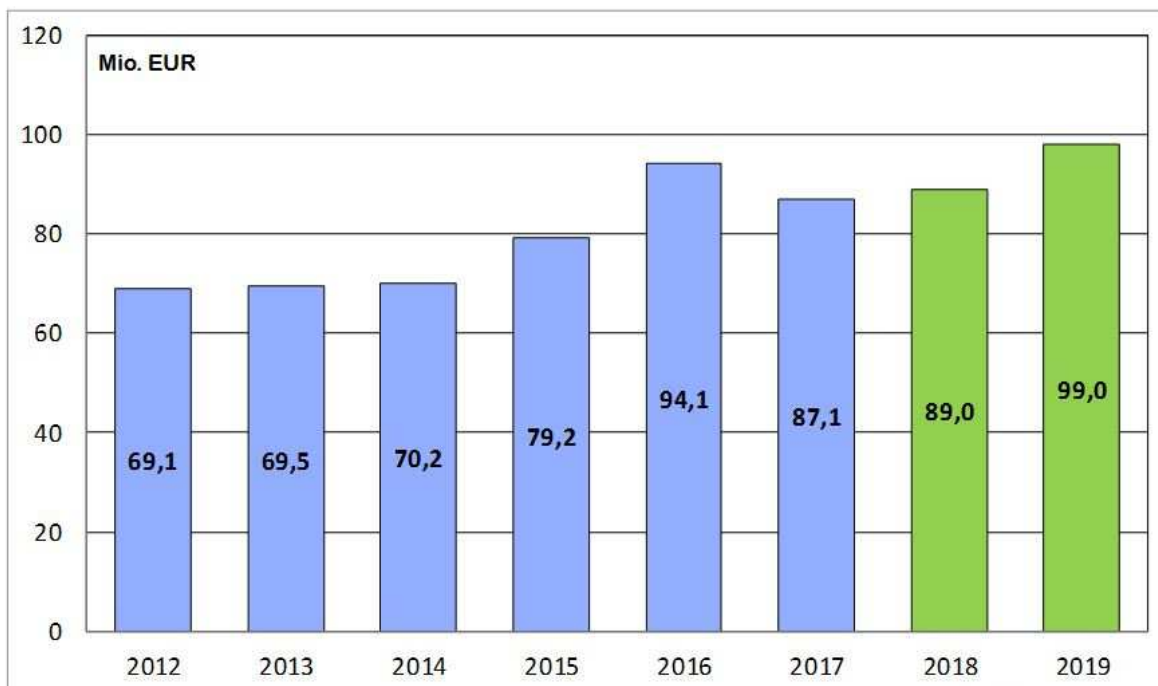
Wir hier in Würzburg haben eine stabil regierte, sichere, wachsende und attraktive Stadt, die in der Lage ist, ihren Aufgaben vollumfänglich gerecht zu werden und enorm in die Infrastruktur zu investieren.

Dass Würzburg sehr attraktiv ist, hat mir Anfang des Jahres besonders die intensive Beteiligung an den Auswahlprozessen für den Tourismusdirektor und die beiden Referenten gezeigt. Den üblichen Lobpreis abgezogen, konnte man feststellen, dass Menschen wegen der Attraktivität Würzburgs, Ihren Entwicklungsprojekten, ihren hochkarätigen Veranstaltungen, ihren Bauwerken, alles in allem wegen eines geordneten Gemeinwesens, nach Würzburg kommen wollen. Man konnte feststellen, dass von außen ein viel positiverer Blick auf Würzburg liegt, als man diesen im Würzburger Kessel oft selbst hat.

Würzburg geht es gut und steht im Herbst 2018 gut da. Es tut sich viel. Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, nichts deutet darauf hin, dass dies im kommenden Jahr anders sein wird. Dies bringt der heute eingebrachte Haushaltsentwurf deutlich zum Ausdruck.

Dies drückt sich v. a. auf der Haben-Seite aus. Die Gewerbesteuer sprudelt, wir werden das für 2018 mit EUR 89 Mio. erwartete Soll weit überschreiten und erstmals in unserer Geschichte, und noch vor nicht allzu langer Zeit völlig unvorstellbar, über EUR 100 Mio., bei ca. EUR 104 Mio. liegen. Dies ist insbesondere Nachzahlungen für zurückliegende Jahre, aber eben auch der Erhöhung von Vorauszahlungen geschuldet. Auch wenn die Bundesregierung ihre Konjunkturprognosen für dieses und das nächste Jahr nach unten korrigieren wird und unser Gewerbesteueraufkommen nur von etwa 30 % der veranlagten Unternehmen kommt: Die Entwicklung zeigt, dass es vielen Unternehmen in Würzburg gut geht. Dies ist auch sehr breit angelegt, denn wir sind eben nicht von ein, zwei oder drei großen Gewerbesteuerzahlern abhängig. Wir haben uns deshalb getraut, die Einnahmeerwartung aus der Gewerbesteuer für das nächste Jahr mit EUR 99 Mio. anzusetzen.

Gewerbesteuer Entwicklung im Zeitraum 2012 - 2019



bis einschl. 2017 Rechnungsergebnisse - ab 2018 Haushaltsansätze



In Würzburg und Unterfranken herrscht nahezu Vollbeschäftigung. Im September lagen die Arbeitslosenquoten für Bayern bei 2,8 %, für den Agenturbezirk Würzburg bei 2,4 % und für die Stadt Würzburg nach 3,4 % im Juni bei 3,8 %. Nochmals besser als im September vor einem Jahr.

Dennoch werden wir voraussichtlich bei der Einkommensteuer in diesem Jahr unseren Ansatz von EUR 78 Mio. nicht ganz erreichen. Trotz der in vielen Bereichen deutlichen Tarifsteigerungen und der Prognosen der Steuerschätzung bleiben wir für 2019 mit dem Ansatz von EUR 79 Mio. in realistischem Umfang.

Damit verhält sich das Jahr 2018 voraussichtlich ganz anders als das Jahr 2017, bei dem wir den Gewerbesteueransatz nicht erreicht, den Einkommensteueransatz aber überschritten haben. Haushaltsplanung bleibt damit immer anspruchsvoll und am Ende auch spannend, ob die Erwartungen eintreten werden.

Die Schlüsselzuweisungen und die erst vor wenigen Tagen veröffentlichte Finanzkraft zeigt, dass es auch andernorts in unserem Land gut läuft, und meistens sogar noch etwas besser. So hat sich die Steuerkraft der Stadt Würzburg für 2019 nur um 2,3 % erhöht, wohingegen der Durchschnitt der kreisfreien Städte und Landkreise in Bayern ein Plus von 5,6 % hatte und die kreisfreien Städte in Unterfranken sogar ein Plus von 6,7 %. Diese unterdurchschnittliche Entwicklung ist im Übrigen für Würzburg nichts Neues, denn wir liegen regelmäßig unter dem Landesdurchschnitt und auch deutlich unter den mit uns von der Größe vergleichbaren Städten wie Ingolstadt, Erlangen und Regensburg. Kein Grund also, übermütig zu sein.

Aufgrund des für uns schwächeren Bezugsjahres gehen wir daher von Schlüsselzuweisungen i. H. v. EUR 47,8 Mio. aus und damit von EUR 2,7 Mio. mehr als in diesem Jahr.

Für die Bezirksumlage rechnen wir mit einem gleichbleibenden Umlagesatz von 17,8 % und damit, dass der Bezirk Unterfranken seine Aufgaben allein aufgrund der in Unterfranken deutlichen Erhöhung der Finanzkraft, insbesondere bei der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes, erfüllen kann.

Da die Schlüsselzuweisungen aus dem Finanzausgleich kommen und es sich beim Bundesteilhabegesetz um Bundesgesetzgebung handelt, macht uns diese sehr hohe Zahl auch wieder einmal bewusst, dass unsere Gestaltungsmöglichkeiten immer auch von der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung auf Landes- und Bundesebene abhängen, die wiederum eingebettet ist in den europäischen und weltweiten Kontext.

Wirtschaftsvertreter von BDA¹, BDI², ZDH³ und DIHK⁴ wiesen im Juni darauf hin, dass Deutschland und Europa derzeit vor gewaltigen Herausforderungen stehen, dies sind v. a. 1) Der Handelsstreit mit den USA, 2) die enorme Flüchtlingsbewegung, wobei ich hinzufügen möchte, dass diese für uns zwar weniger

¹ Bund der Arbeitgeber

² Bundesverband der Deutschen Industrie

³ Zentralverband des Deutschen Handwerks

⁴ Deutscher Industrie- und Handelskammertag

eine wirtschaftliche als vielmehr eine gesellschaftliche Herausforderung darstellt, 3) die rasante Alterung der Gesellschaft, 4) zunehmender Fachkräftemangel, 5) der Rückstand bei der Digitalisierung und 6) die Defizite in der Wettbewerbsfähigkeit. Ich möchte mit dem Brexit und den unweigerlichen Veränderungen der Handelsbeziehungen zum Vereinigten Königreich eine weitere, 7. Herausforderung hinzufügen.

Auf kommunaler Ebene können wir gegen den Handelsstreit mit den USA wenig ausrichten. Aufgrund zusätzlicher Handelsbarrieren wie Grenzen, Zölle oder Importkontingenten kann dies aber sehr wohl auch auf den Würzburger Wirtschaftsraum ausstrahlen.

Machen wir ein Beispiel: Aufgrund des Handelskriegs mit China ist das Handelsdefizit der USA im August so hoch ausgefallen wie seit einem halben Jahr nicht mehr. Aufgrund der chinesischen Gegenreaktion sind nämlich die Exporte von Waren und Dienstleistungen aus den USA, z. B. für Sojabohnen deutlich gesunken. Gleichzeitig legten die Importe in die USA, z. B. durch Automobilimporte deutlich zu. Man weiß nie, was einen sprunghaft und unkalkulierbar handelnden Menschen wie Donald Trump umtreibt und ob die bisher von Einfuhrzöllen für Autos verschonte EU und Deutschland nicht doch mit solchen belegt wird. Auch Würzburg und die hier vorhandenen Automobilzulieferer kann dies dann treffen.

Die zunehmende Alterung und den Fachkräftemangel spüren wir auch bei unserem Personal. Mit Stand Ende September hatten wir 160 Stellenausschreibungsverfahren durchgeführt, eine nochmalige deutliche Steigerung gegenüber dem Vorjahr und ein neuer Rekord. Dies liegt zum einen an unserem Altersschnitt, der bei 45,8 Jahren (Stand: 30.06.2018) liegt, zum anderen aber auch daran, dass wir uns in vielen Bereichen in direkter Konkurrenz zu anderen Unternehmen und Verwaltungen befinden. Auch wenn die Tarifsteigerungen im Angestellten- und Beamtenbereich in den letzten Jahren im Schnitt bei 3 % lagen, konkurrieren wir in den gewerblichen oder technischen Bereichen oder in der IuK zunehmend mit der Wirtschaft, den freien Berufen oder dem Handwerk. Hinzu kommt, dass Themen wie wohnortnahe Arbeitsplatz, work-life balances, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und höhere Flexibilität immer wichtiger werden. Wir begegnen diesem Trend mit der weiteren

Flexibilisierung von Arbeitszeiten, mit einem Bewerberportal, Arbeitgeberauftritten auf Online-Plattformen, Ständen auf den klassischen Bewerbermessen sowie mit einer erhöhten Ausbildungsquote. Bei hoher Nachfrage tritt aber das Argument eines sicheren Arbeitsplatzes immer stärker in den Hintergrund.

Der Personalhaushalt steigt im nächsten Jahr auf EUR 152,8 Mio. und damit auf einen Betrag von erstmals über EUR 150 Mio. Darin sind i. H. v. EUR 1,7 Mio. die vereinbarten Steigerungen für die Tarifbeschäftigten von 3,09 % ab dem 01.04.2019 bereits eingepreist. Ebenso wurde für die Beamtenbezüge, die im nächsten Jahr neu verhandelt werden, eine Steigerung von 3,0 % unterstellt, was EUR 1,1 Mio. ausmacht. Durch die Abgabe von Schönborn-Mozartgymnasium und der FOS/BOS ist erfreulicherweise zu verzeichnen, dass die Grundbelastung für die TVöD Lehrer und die aktiven Beamten um EUR 1,0 Mio. sinkt. Hinzu kommen Steigerungen bei den Versorgungsbezügen aufgrund linearer Erhöhung und dem planmäßigen Ruhestandseintritt von 27 Beamten im nächsten Jahr um EUR 2,5 Mio. Auch die Beihilfen steigen v. a. aufgrund höherer Medikamentenpreise, der Veränderungen bei den Pflegestufen und aufgrund des auch bei unseren Beamten sehr erfreulichen Geburtenzuwachses und damit mehr berücksichtigungsfähigen Kindern um EUR 1,2 Mio.

Ohne also auch nur eine einzige neue Stelle sind hier Steigerungen von EUR 5,5 Mio. notwendig.

Eine um einen neuen Stadtteil wachsende Stadt, die infolge von Geburtensteigerungen notwendigen Betreuungsplätze, eine hohe kommunale Bautätigkeit und veränderte rechtliche Rahmenbedingungen haben notwendigerweise auch neues Personal zur Folge.

Ein Schwerpunkt des Stellenplans 2019 sind daher z. B. Stellen für das Gartenamt, um 49 ha Grünflächen und ca. 5.000 Bäume auch nach der Landesgartenschau (LGS) unterhalten und pflegen zu können oder auch zusätzliche Mitarbeiter im allgemeinen und im Schulhochbau, um unser Schulsanierungsprogramm sowie Hochbauprojekte wie das Mainfrankentheater, die ehem. Mozartschule oder am Hubland adäquat begleiten zu können. Auch der Ausbau der Radwege, Planung und

Bau von Verkehrsanlagen gehören dazu. Im Bereich der IuK bescheinigt uns nicht nur der Bayerische Kommunale Prüfungsverband Handlungsbedarf sondern auch die zunehmend steigende Zahl von Fachverfahren und –anwendungen, die Betreuung von mobilen Endgeräten, die Systemsicherheit und die notwendigen Hilfe- und Servicefunktionen, dass mehr Personal gebraucht wird. Für 31 neu zu schaffende Stellen in der gesamten Verwaltung ist daher ein Ansatz von EUR 1,5 Mio. eingeplant.

Ich will betonen, dass Städte hier oft vor den gleichen Herausforderungen stehen, die Stellenplanberatungen mit den Kolleginnen und Kollegen von viel Augenmaß und Realitätssinn geprägt sind, wofür ich mich sehr bedanke, aber auch immer einen Spagat zwischen der Wahrnehmung neuer Aufgaben, der Vermeidung der Überlastung des vorhandenen Personals und den steigenden Personalkosten darstellen.

Schauen wir weiter auf diese wachsende Stadt und welche Investitionen mit der i. H. v. EUR 25,4 Mio. geplanten Zuführung vom Verwaltungs- in den Vermögenshaushalt geplant sind.

Würzburg investiert als Erstes in eine sichere Stadt, in dem nicht nur das Fahrzeugbeschaffungsprogramm für die Feuerwehr mit TEUR 750 und die Sanierung der Hauptfeuerwache, die von EUR 2,21 Mio. auf EUR 3,77 Mio. ansteigt, fortgeführt wird; sondern indem mit TEUR 150 auch in die Planung eines gemeinsamen Stützpunktes für die vier Löschzüge der innerstädtischen freiwilligen Feuerwehr eingestiegen wird.

In diesem Jahr wurde der Green City Plan beschlossen. Seine Umsetzung nimmt mit ca. EUR 5,8 Mio. einen großen Schwerpunkt im Haushalt ein. Darunter fallen der weitere Ausbau von Mobilstationen und Ladesäulen, das Neubürgerticket, vor allem aber der erste Abschnitt eines ca. EUR 4 Mio. teuren Programmes zur Umrüstung der Ampeln, um Staus und Standzeiten zu vermeiden, den Verkehr besser fließen zu lassen und verteilen zu können.

Darunter fallen auch zwei Pools, sowohl im Verwaltungs- wie im Vermögenshaushalt, die statt mit Edelstahl mit jeweils TEUR 200 ausgestattet sind. Damit sich diese Pools aber nicht zu Reptilienfonds entwickeln, möchte ich klar festhalten, dass auch deren Bewirtschaftung der Wahrheit, Klarheit und der Transparenz des Haushalts genügen muss. Ein Ausgleich zwischen schnellem Verwaltungshandeln und dem Grundsatz der Einzelveranschlagung kann nur dadurch erreicht werden, dass Poolmaßnahmen nach und nach auf besondere Haushaltsstellen umgesetzt und transparent bewirtschaftet werden. Aus diesem Grund ist es zu begrüßen, auch wenn ich die Abkürzung "PUMA" für eher missglückt halte, dass die Umsetzung des Green-City-Plans mit der Bündelung von Kompetenzen in einem angereicherten Umweltausschuss stattfindet.

Unter die Green-City Maßnahmen fällt auch der Radwegeausbau. Insbesondere durch den Verhandlungserfolg des Tiefbaus, einige Maßnahmen in eine staatliche Förderung zu bekommen, kann das Ausgabevolumen erstmals auf über EUR 3,1 Mio. gesteigert werden, im Vergleich zu EUR 1,7 Mio. in diesem Jahr. Für 2020 sind weitere EUR 2,7 Mio. eingeplant. Trotz Förderung steigert sich aber auch das städtische Engagement, denn die Abgleiche steigen von TEUR 860 in diesem Jahr, auf EUR 1,6 Mio. im nächsten und EUR 1,645 Mio. in 2020. Neben einer weiteren Fahrradabstellanlage werden wir damit in der Lage sein, die Radachsen nach Versbach, in die Zellerau, vom CCW bis zum Berliner Ring, den Radweg im Reichenberger Grund und den Lückenschluss zwischen Versbach und Rimpar zu bauen. Mehr, liebe Kolleginnen und Kollegen, halte ich bei den Radwegen in Abwägung mit anderen Projekten und aufgrund unserer Personal-, Zeit- und Baukapazitäten für nicht machbar.

Der Haushalt sieht ferner erhebliche Investitionen in die Kinderbetreuung vor, um die dringend benötigten Betreuungsplätze zu schaffen. Hierfür sind im Jahr 2019 EUR 3,3 Mio. an Ausgaben vorgesehen, wobei die größten Anteile auf die hoffentlich jetzt endlich zur Realisierung gelangende Generalsanierung der Kita St. Albert und des Ersatzneubaus der Kita St. Alfons entfallen. Finanziert werden auch Erweiterungsbauten für die Kita des Marienvereins und die Kita Baumhaus im Grombühl. Durchfinanziert wird auch die auf dem Gelände der Goethe-Kepler-Schule zu errichtende Kita in Modulbauweise.

Eine kleine, aber für den Erhalt des Vermögens und der Kunstschatze der Stadt sehr wichtige Maßnahme, an der wir schon lange arbeiten, enthält der Einzelplan 3. Nämlich den Bau eines Kunstdepots für das Museum im Kulturspeicher mit Gesamtkosten von TEUR 685 und einer Anfinanzierung in 2019 von TEUR 150.

Bei den Schulen tritt im nächsten Haushalt das ein, was ich bereits im letzten Jahr an dieser Stelle erwähnt habe. Nach dem Beschluss zum Schulsanierungsprogramm 2017 markierte das Haushaltsjahr 2018 den Anlauf des Programms. Im Ansatz für 2019 werden wir bei den Schulinvestitionen konkreter und erstmals mit EUR 16,7 Mio. Ausgabevolumen die Schwelle von EUR 15 Mio. übersteigen. Neben weiterlaufenden Maßnahmen wie der Erweiterung des Wirsberg Gymnasiums, der Sanierung von Schwimmbad und Turnhalle des Friedrich-Koenig-Gymnasiums wird vor allem in den Ausbau der Max-Dauthendey-Schule für die offene Ganztagsbetreuung und Brandschutzertüchtigungen sowie die Sanierung der WC-Anlagen investiert. Für den Glasfaserausbau und die Digitalisierung der Schulen werden Pools i. H. v. insgesamt TEUR 550 gebildet.

Es ist zuzugestehen, dass uns die hohe staatliche Förderung aus dem Programm Bayern Digital mit Fördersätzen von 80 bzw. 90 % hilft, genauso wie das für unsere Stadt EUR 4,2 Mio. schwere Kommunalinvestitionsprogramm KIP-S. Unser Sanierungsprogramm und die Gedanken, die wir uns dazu gemacht haben, haben dazu geführt, dass wir agieren können. So und mit der höchstmöglichen Förderung können wir auch weitere Haushaltsfreiräume für die großen Sanierungsmaßnahmen schaffen. Denn es kann nicht oft genug wiederholt werden, dass dieses Programm nicht linear mit jeweils den gleichen Jahresbeträgen abgearbeitet werden kann, wenn die großen Maßnahmen wie die Sanierung der Siebold-Riemenschneider Gymnasien, des Erweiterungsbaus der Josef-Greising-Schule oder des integrierten Mittelschul-zentrums, die allesamt mit weiteren Planungsbeträgen im Haushalt 2019 hinterlegt sind, abfinanziert werden müssen.

Hier werden deutliche Steigerungen der Ansätze und eine klare Haushaltspriorität notwendig werden. Erstmals haben wir auch Planungskosten für die Sanierung des Schulstandorts an der Stettiner Str., also dem Hauptgebäude der Klara-Oppenheimer-Schule angesetzt. Auch hier wollen wir zeigen, dass wir ernsthaft an die großen Brocken und die Unterstützung der so wichtigen beruflichen Bildung in

den kaufmännischen und wirtschaftlichen Fächern herangehen. Nach der Theatersanierung dürfte das das zweitgrößte kommunale Hochbauprojekt werden.

Geht die Rechnung unseres Schulsanierungsprogramms bei den Förderszenarien bisher auf, müssen wir den als weitere Prämisse gesetzten Vorrang der förderfähigen Gesamtmaßnahmen vor den nicht förderfähigen Einzelmaßnahmen überdenken. Denn durch die Senkung der sog. "Bagatellgrenze" von TEUR 100 auf TEUR 50 bei der Schaffung und dem Ausbau von Ganztagsangeboten muss hier neu gedacht werden.

Das Schulsanierungsprogramm, das aus dem Schulentwicklungsplan resultiert und der Green-City Plan verdeutlichen, dass es viel haushalterische Kraft braucht, solche Planungen umzusetzen. Denn mit Plänen, Konzepten, Aktionsplänen, integralen Entwicklungskonzepten oder Handlungsempfehlungen kann man leicht Erwartungen wecken. Solche Planungen sollte man erst machen, wenn man eine konkrete Idee auch für deren Umsetzung entwickelt hat und diese Idee aufgrund der eigenen Schwerpunktsetzung auf ihr Potential und die Realisierungschance überprüfen will. Planungen sollte man nicht machen, um ein Thema zu besetzen und die Verantwortlichen auf Ideen zu bringen, die sie ohne diese Planung gar nicht gehabt hätten. Hier ist für die Zukunft eindeutige Vorsicht geboten, denn wie sagte einmal Warren Buffet, der große US-Investor und einer der reichsten Menschen der Welt: "Erst wenn die Ebbe kommt, sieht man, wer ohne Badehose geschwommen ist."

Dies sehen wir beim größten kommunalen Hochbauprojekt, der Generalsanierung und Erweiterung des Mainfrankentheaters, die wir im Sommer mit einer gerechneten Summe von EUR 68,9 Mio. beschlossen haben, erst dann, wenn wir die Ausschreibungsergebnisse der einzelnen Gewerke kennen. Hier ist mit Mehrungen zu rechnen, das sollte uns klar sein. Die Premiersaison zeigt, dass der Prozess unumkehrbar ist. Das Foyer ist bereits weg und wir müssen in den nächsten Jahren die finanzielle Kraft finden, diese Maßnahmen auch zu beenden, ggf. mit notwendigen Nachfinanzierungen und unter Hintanstellen anderer Projekte. Im Haushaltsentwurf ist die Maßnahme mit Zinszuschüssen von TEUR 112 und Tilgungszuschüssen von TEUR 324 nach dem jetzigen Stand finanziert.

Gleiches gilt für die Mozartschule, wenn wir das im September beschlossene VOF-Verfahren durchgeführt haben. Im Haushalt 2019 und der mittelfristigen Finanzplanung ist die Maßnahme mit den derzeit vorliegenden Gesamtkosten von EUR 12,1 Mio. bei einem Eigenanteil der Stadt von EUR 9,1 Mio. durchfinanziert. Es wird aber spannend, was das VOF-Verfahren als Kostenberechnung ergeben wird. Unabhängig von dem gegenüber dem Freistaat Bayern geschuldeten Übergabezeitpunkt könnten wir hier, anders als beim Theater, noch Veränderungen vornehmen. Mangels besserer Ideen oder eines anderen hier im Stadtrat konsensfähigen Willens sollten wir das aber nicht tun. Da wir uns Partner wie die Hochschule für Musik mit hineinholen, den Windmühlenflügel, ohne dass Sanierungskosten auf die Stadt zukommen, gemeinsam mit der VR-Bank entwickeln und die Raumprobleme der Sing- und Musikschule, bzw. des Mozartfestes, die ohnehin zur Lösung angestanden hätten, lösen, sehe ich gute Chancen, diese Ecke der Stadt endlich und nach so vielen Jahren gefühlten Stillstands sinnvoll zu entwickeln.

Neben der Finanzierungsbeteiligung am Neubau einer Multifunktionshalle i. H. v. TEUR 500 jährlich, die wir schon im letzten Jahr eingeplant hatten, sind im kommenden Haushalt TEUR 900 für die Umfeldmaßnahmen, insbesondere für den Bau der Kohlenhofbrücke, eingeplant. Aufgrund des außerordentlichen Engagements der Stiftung konnten ruhig, sachlich und sehr kompetent viele Fragen in diesem Projekt abgearbeitet und vorangebracht werden, insbesondere die Fragen zur Endschaftsregelung bei Ablauf des Erbbaurechts und bei der Finanzierung. Ich bin daher sehr zuversichtlich, dass wir noch in diesem Jahr mit einem Eckpunktebeschluss zur städtischen Beteiligung auf Sie zukommen können.

Was aus einstigen Plänen werden kann, bringt mich zur Landesgartenschau und ihren haushalterischen Auswirkungen. Diese werden uns nicht aus der Bahn werfen, weil sich das meiste davon in der Jahresrechnung 2018 abspielt. Wir haben im Haushalt 2018 EUR 4,08 Mio. als Liquiditätsdarlehen zur Vorfinanzierung des Durchführungshaushalts zur Verfügung gestellt, die zur Rückzahlung von der LGS vorgesehen waren. Aufgrund der geringeren Einnahmen aus den Eintrittskarten werden wir voraussichtlich ca. EUR 2,0 bis 2,5 Mio. nicht zurückbekommen. Zugleich müssen wir im Haushalt 2019 noch Mittel in einer Größenordnung von EUR 1,0 bis

1,5 Mio. nachfinanzieren, die sich aus Mehrausgaben für zusätzliche Bedarfe, bzw. weiteren Mindereinnahmen und vor allem aus der Umsatzsteuer ergeben, die von der Stadt an den Fiskus bei Rückübertragung des Geländes abgeführt werden muss. Ursprünglich war geplant, dass auch diese Steuerschuld aus den überlassenen Darlehenssummen getilgt werden kann, was aber aufgrund der geringeren Einnahmen nicht möglich ist. Wie gut, dass wir durch die letzten Jahresrechnungen die LGS Rücklage schonen konnten und hier noch EUR 1,8 Mio. vorhanden sind.

Freilich, wir hätten uns alle deutlich mehr Besucher und ein besseres wirtschaftliches Ergebnis für diesen wunderbaren Stadtteil "auf Augenhöhe mit der Festung" gewünscht und wir dürfen durchaus enttäuscht sein. Das finanzielle Ergebnis kann aber vom Haushalt verkraftet werden. Enttäuscht bin ich jedenfalls nicht, und das sollten Sie auch nicht sein, vom Entwicklungsschub, den das Hubland durch die LGS erfahren hat und durch die Ergebnisse, die erzielt wurden. Die Frei- und Grünflächen sind einzigartig und werden jetzt schon von den Würzburgerinnen und Würzburgern geliebt. Die Qualitäten des alten Parks, der Gartenanlagen im Terrassenpark, mein Lieblingsort ist hier der uralte Olivenbaum im Garten der Stille, die Freiheit und Luftigkeit der alten Landebahn sprechen für sich und werden überdauern.

Und wo stünden wir bitte beim Hubland ohne die LGS? Wären wir ohne sie mit der Bauleitplanung, der Straßen- und Infrastrukturerschließung schon so weit? Wären uns bereits so viele Grundstücke aus den Händen gerissen worden? Wären Gewerbeflächen und Wohnheimplätze in dieser Zahl jetzt schon geschaffen worden und in einer Zeit, die für Investitionen und bauliche Wertschöpfung äußerst empfänglich ist? Wäre das Frauenland von der Nahversorgung in diesem Umfang gestärkt worden? Ich glaube nicht. Bei einer Gesamtbewertung hat die Stadt es mit der Bewerbung für die LGS richtig gemacht und vorausschauend gehandelt.

Dies bedeutet aber nicht, dass die Gesellschafter nicht auch intensiv darüber reden müssen, warum die gesteckten Ziele nicht erreicht wurden. Hierzu muss insbesondere der Gesellschafter beitragen, der nach § 2 Abs. 5 der Geschäftsordnung für die Geschäftsführung der Landesgartenschau Würzburg 2018 GmbH für die Koordination und Realisierung, bzw. die Durchführung der Veranstaltung und Ausstellung zuständig war, nämlich die Gesellschaft zur

Förderung der bayerischen Landesgartenschauen. Es muss nach den Verträgen einen Schlussbericht geben und es wird über Vieles zu reden sein, auch darüber, ob das fortgelebte Format von Landesgartenschauen angesichts von Besucherrückgängen auch andernorts überhaupt noch zeitgemäß ist. Einen Webfehler in der Zusammenarbeit kann man aber jetzt schon für alle Standorte und Gartenschauen festhalten, nämlich den, dass die Münchner Gesellschaft zwar für die Durchführung der Schau verantwortlich ist, aber eben nicht adäquat an deren Risiko beteiligt ist. Das Risiko der Schau hat nahezu vollständig die ausrichtende Stadt zu tragen. Dies war aber gerade die Bedingung für die Bewerbung.

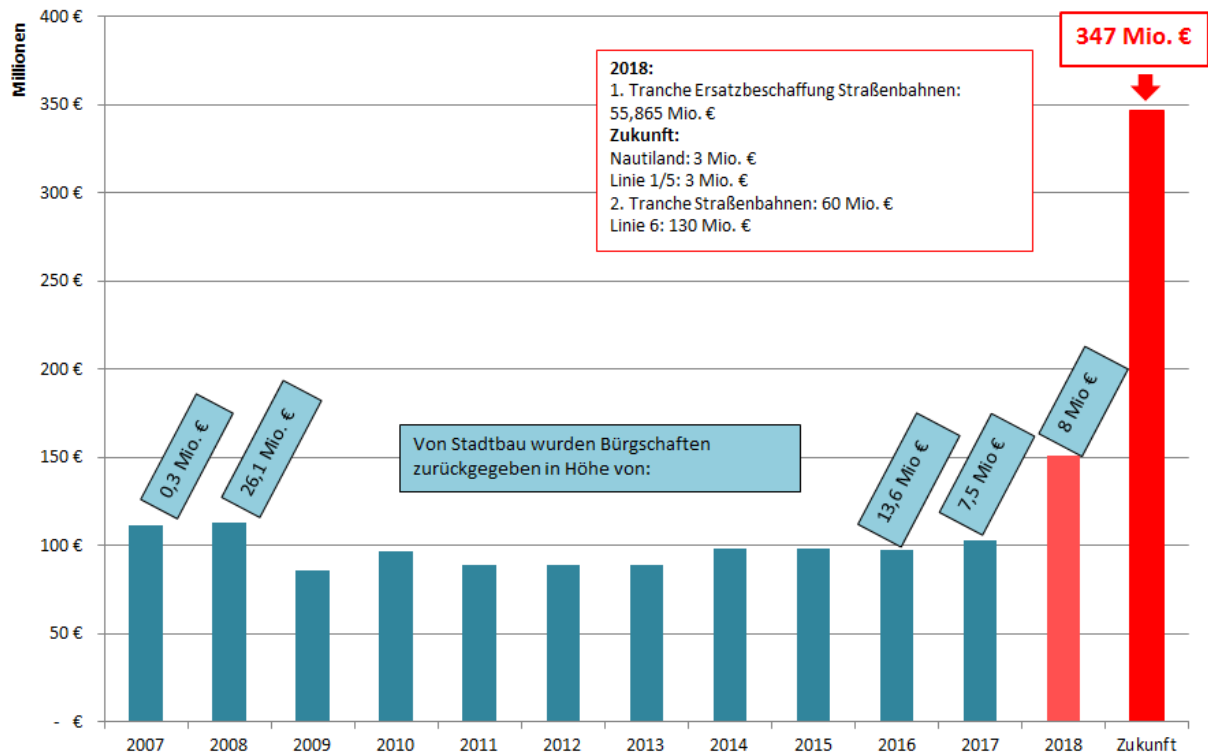
Im letzten Jahr haben wir am Ende unserer Haushaltsberatungen intensiv darüber gestritten, wie wir eine neue Sonderrücklage "Straßenbahn" befüllen. Die Verschiebung von EUR 1,0 Mio. von der allgemeinen in diese Sonderrücklage war haushaltsneutral und so kosmetisch wie Merz Spezial Dragees. In den Beratungen habe ich damals ausgeführt, dass die Stadt letztlich daran gemessen wird, ob sie bereit ist, für die Straßenbahn aus Überschüssen oder auch mit neuem Geld zu sparen. In der Jahresrechnung 2017 haben wir für die erste Alternative den Beweis angetreten, indem wir einen Überschuss von "echt" EUR 4,0 Mio. für die Straßenbahn zurücklegen konnten. Im Haushalt 2019 können Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, unter Beweis stellen, dass Sie auch bereit sind, mit "neuem Geld" für die Straßenbahn zu sparen. Der Entwurf enthält eine planmäßige Zuführung zur Straßenbahnrücklage i. H. v. EUR 1,0 Mio. Möglich hat dies ein Bundesgesetz vom 10. Oktober d. J. gemacht, das also in allerletzter Minute erlassen wurde und mit dem die Gewerbesteuerumlage der Kommunen zur Abfinanzierung des Fonds deutscher Einheit aufgrund dessen vollständiger Tilgung bereits ein Jahr früher und zwar zum 31.12.2018 abgeschafft wurde. Dies entlastet uns um genau die EUR 1,0 Mio., die wir Ihnen für eine Zuführung zur Straßenbahnrücklage vorschlagen.

Die WSB, der WVV-Konzern und wir als Gesellschafter stehen gerade bei der Straßenbahn vor enormen Investitionen. Die Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen (Gesamtkosten 1. und 2. Tranche EUR 145 Mio.), der Ausbau der Linie 1/5 ins Grombühl (Gesamtkosten EUR 36 Mio.), die Planung für die Linie 6 zum Hubland (Gesamtkosten EUR 126 Mio.) und kleinere Maßnahmen wie der Haltestellenausbau Königsberger und Mainaustraße (Gesamtkosten EUR 9 Mio.) haben enorm hohe

Finanzierungsvolumina. All dies werden wir nur dann, bei Vorliegen auch der sonstigen Voraussetzungen, in absehbarer Zeit finanzieren können, wenn wir 1) die höchstmögliche staatliche Förderung erhalten, wofür die 90 % der Förderung einer Linie zum Uniklinikum im Grombühl einen klaren Markstein setzen, an dem sich jede, wie auch immer ausgerichtete Bayerische Landesregierung bei einem Projekt mit klarem Hochschulbezug messen lassen muss, wenn wir 2) die Finanzierungskraft des steuerlichen Querverbundes der WVV, insbesondere durch das Kostensenkungs- und Optimierungsprojekt bei den Stadtwerken als dem Ertragsbringer des Konzerns stärken, um so zu gewährleisten, dass der Eigenanteil vom Unternehmen auch getragen werden kann und 3) in Abwägung mit anderen Vorhaben die größtmögliche Unterstützung der Investition durch den städtischen Haushalt leisten, um im Betrieb bei den hohen Abschreibungen nicht auch von Zins- und Tilgungsleistungen aufgezehrt zu werden.

Auch wenn sich diese Investitionen vor allem im WVV-Konzern abspielen ist davon der städtische Haushalt nicht nur wegen erforderlicher Investitionskostenzuschüsse betroffen. Denn die Inanspruchnahme zinsgünstiger Kredite auf Kommunalkreditniveau zur Finanzierung des Eigenanteils des Konzerns erfordert in allen Fällen eine städtische Bürgschaft. Einstimmig haben Sie daher in diesem Jahr bereits einer Bürgschaft i. H. v. EUR 55,8 Mio. für die Straßenbahnersatzbeschaffung zugestimmt. Damit sind unsere Bürgschaftsverpflichtungen auf ca. EUR 150 Mio. angestiegen, nachdem es in den Vorjahren möglich war, durch die Rückgabe von Bürgschaften der Stadtbau, dieses Bürgschaftsportfolio um EUR 55,5 Mio. zu entlasten. Diese Bürgschaften, auch wenn eher ein geringes Risiko der Inanspruchnahme besteht, beeinflussen ähnlich wie Kredite unsere finanzielle Leistungsfähigkeit und sind daher einzeln von unserer Rechtsaufsichtsbehörde zu genehmigen. Auch hier ist deshalb angesichts unserer Projekte ein erheblicher Darstellungs- und Begründungsaufwand zu leisten und ja, auch die Infrastrukturprojekte, die sich in unseren Beteiligungen abspielen, setzen aufgrund dieses Zusammenhangs bei der Beurteilung unserer finanziellen Leistungsfähigkeit dem Beginn weiterer Projekte und dem Eingehen neuer Verpflichtungen Grenzen.

Entwicklung der Bürgschaften



An der oben beschriebenen Vorgehensweise führt daher kein Weg vorbei, wenn uns der ÖPNV und die emissionsfreie Straßenbahn wichtig sind. Und ja, dieser Weg erfordert Disziplin, eine klare Priorisierung und Ressourcen.

Finanzielle und personelle Ressourcen erfordert in den nächsten Jahren auch die Sanierung der Tiefgaragen am Heuchelhof, im H 1. Für Schadensersatzleistungen an die Eigentümer ist hier im nächsten Jahr eine Entnahme aus der allgemeinen Rücklage i. H. v. EUR 3,4 Mio. vorgesehen, die wir auch aus diesem Grund in den letzten Jahren befüllt haben. Die erste Klagerunde vor dem Landgericht Würzburg haben wir krachend verloren. Derzeit ist die Berufung vor dem OLG Bamberg anhängig. Das Problem ist nur, dass alle Beteiligte, Kläger wie Beklagte, eine Instandsetzung und Sanierung der Tiefgaragen im jetzigen Umfang nicht weiterbringt. Es müssten nämlich ca. 1.300 Tiefgaragenstellplätze für teures Geld saniert werden, von denen allenfalls die Hälfte belegt ist und noch gebraucht wird. Diese würden dann die Eigentümer in Zukunft wieder in vollem Umfang durch Betriebs-, Verwaltungs- und Sanierungskosten belasten.

Mit einer kleinen und engagierten Truppe aus Rechtsamt, Tiefbau und Immobilienbereich unter meiner Führung versuchen wir daher gerade mit einer der drei Eigentümergemeinschaften einen Vergleich zu verhandeln, der den Interessen der Beteiligten stärker gerecht wird als eine gerichtliche Entscheidung, der kostengünstiger und zukunftsgerichteter ist.

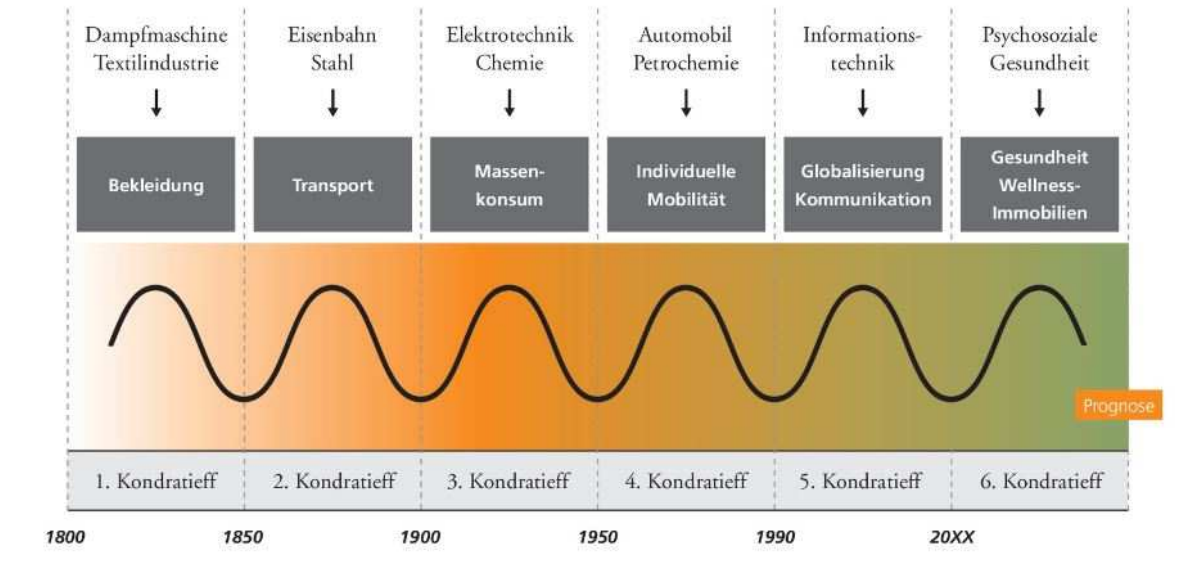
Aber auch solche Vergleiche werden der Stadt Geld kosten. Wie viel genau, kann derzeit noch nicht gesagt werden und hängt vom Vergleichsergebnis ab. Ich rechne aber mit EUR 20 bis 25 Mio., die uns in irgendeiner Form, sicherlich verteilt über Jahre, treffen werden.

Es steht mir fern, Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Letzteren vielleicht Wasser in den Wein zu gießen. Aber zu einer vorausschauenden Haushaltsplanung gehören auch solche Aspekte. Im Haushaltsplan 2019 und in der Finanzplanung sind viele Projekte begonnen oder auch anfinanziert, die es zu Ende zu führen gilt. Wir bekommen dies hin, wenn wir 1) die Kosten des Verwaltungshaushalts im Griff behalten, um dadurch 2) weiterhin eine hohe Zuführung zum Vermögenshaushalt und eine möglichst hohe freie Finanzspanne erwirtschaften, wenn wir 3) unseren Spielraum durch die Aktivierung von Reserven wie durch den Verkauf des seit Jahrzehnten nicht genutzten Grundstücks der Frankenhalle oder die Kooperation mit der VR-Bank am Mozartareal vergrößern und wir 4) erst einmal keine weiteren Großprojekte angehen oder diese in die Zukunft verlagern.

Wir sind hier in Deutschland im neunten Jahr einer konjunkturellen Hochphase. Ein Ende ist derzeit nicht absehbar. Der Ökonom Nikolai Kondratieff hat festgestellt, dass die allgemeinen mittelfristigen Angebots- und Nachfrageschwankungen von großen Wellen der Konjunktur überlagert werden. Wir sind momentan im sechsten Kondratieff-Zyklus und es wird in der Wissenschaft heftig darüber diskutiert, an welchem Punkt wir derzeit sind.

Die Konjunktur schwankt in jahrzehntelangen Wellen

Goldene Zeiten durch Game-Changer wie Dampfmaschine, Fließband, Eisenbahn, anorganische Chemie oder Stahlbau? Der sowjetische Wissenschaftler Nikolai Kondratieff veröffentlichte 1926 in einer Berliner Zeitschrift seinen Aufsatz „Die langen Wellen der Konjunktur“: Er stellte fest, dass kurze Konjunkturzyklen von langen Konjunkturwellen überlagert werden.



Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung

Diese großen Wellen ausgeblendet, nehmen wir nur wahr, dass das Wachstum weiterhin stetig und breit ist. Wir können dies durch eine hohe Investitionstätigkeit, durch Rücklagenaufbau und die Tilgung von Schulden aus den erwirtschafteten Überschüssen ausnützen. Allerdings sollten wir uns bei unserem Handeln jetzt aber schon vor dem für Endphasen Typischen hüten, nämlich dass viele Marktteilnehmer nach Perioden eines konjunkturellen Aufschwungs den zyklischen Charakter verkennen und in ihren Erwartungen positive Trends viel zu optimistisch immer weiter in die Zukunft fortschreiben. Darum bitte ich Sie sehr herzlich.

Die Kondratieff-Wellen leiten zu dem am Anfang der Rede bemühten Bild von der Insel und dem Ozean zurück. Sie leiten über auf das Bild eines anderen Gelehrten hier im Ratssaal, keine Sorge, an der Wand des Ratssaals! Nämlich auf das des P. Athanasius Kircher S. J., eines Universalgelehrten des Mittelalters, der im 17. Jahrhundert an der Würzburger Universität lehrte. Seine Lehren und Bücher, sowie sein Schüler P. Caspar Schott S. J., alias P. Caspar Wanderdrossel, der ebenfalls an der hiesigen Universität lehrte, sind Vorlage des berühmten Romans von Umberto

Eco "Die Insel des vorigen Tages", indem der Held Roberto de la Grive zusammen mit P. Caspar Wanderdrossel nach der Datumsgrenze, dem 180. Meridian, auf dem die Insel des vorigen Tages liegt, sucht.

Lassen Sie uns bei unserer Haushaltsaufstellung so vorausschauend handeln, dass wir nicht plötzlich feststellen, dass wir uns im Ozean des Weltgeschehens und der Konjunktur auf einmal auf der Insel des vorigen Tages liegen, also im Gestern befinden. Lassen Sie uns im Hier und Jetzt bleiben und an die Zukunft denken. Lassen Sie uns wie der Universalgelehrte P. Athanasius einen universellen Blick auf unseren städtischen Haushalt richten, der zwar nicht die ganze Welt, aber einen Teil davon, vielleicht eine Insel, darstellt.

Dass diese Insel nicht im Ozean versinkt, dafür sorgt die Kämmerei. Und ich bedanke mich sehr herzlich für das engagierte Diskutieren, die hervorragende Vorbereitung des Haushaltentwurfs, der Klausurtagung und der Unterlagen, für Ihr souveränes Agieren bei Frau Monika Hecht, Frau Ulrike Maihofer, Frau Julia Brand, Frau Karin Herbert, Herrn Reinhold Hess und Frau Silvia Schwab sowie unserem Vorzimmer mit Frau Stephanie Langer und Frau Corinna König. Wie auf dem Bild von P. Athanasius sind sie die Sterne, die dem Haushaltsschiff auf dem Ozean die Richtung geben.

In diese Richtung mit Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, zu gehen, sowie auf unsere Diskussionen, das Streiten und die Einigung, darauf freue ich mich bei den anstehenden Haushaltsberatungen. Bis dahin wünsche ich viel Freude mit dem Ihnen heute vorgelegten Haushaltsentwurf.

Robert Scheller

18. Oktober 2018